



Für ein starkes Europa und einen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

Juli 2011

Die Europäische Union steht für Frieden, Wohlstand und Solidarität. Deswegen braucht Europa ein glaubwürdiges Instrument, mit dem Euro-Staaten geholfen werden kann, die sich in einer Notlage befinden und am Markt keine bezahlbaren Kredite mehr bekommen. Ohne ein solches Instrument kann die Notlage eines Mitgliedstaates zu einer Notlage der gesamten EU führen. Doch in Zeiten der globalen Fragen und Krisen brauchen wir eine stärkere EU. Eine EU, die gemäß dem Green New Deal neu ausgerichtet werden muss und durch die wir überhaupt eine Stimme auf den globalen Finanzmärkten haben.

I. Was der ESM bringt

- Eine Vertiefung der europäischen Integration, weil er die Währungsunion erweitert.
- Schutz vor Spekulanten, weil mit dem ESM nicht mehr gegen Staaten gewettet werden kann.
- Eine Stabilisierung des Euro, weil klare Regeln für Finanz-Notfälle geschaffen werden.
- Ein politisches Zeichen gegen den Zerfall der Eurozone.

II. Wie der ESM funktioniert

- Der ESM wird ein Volumen von 700 Milliarden Euro umfassen, um rund 500 Milliarden Euro als Kredithilfen ausgeben zu können. Er wird von den Euro-Staaten finanziert, der IWF steuert zusätzlich 250 Milliarden Euro bei. Deutschland wird insgesamt 190 Milliarden Euro zur Verfügung stellen (168 Milliarden Garantien und 22 Milliarden Bareinlage). Die Zinserträge aus der Bareinlage fließen bis zum Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung des ESM an die Mitgliedstaaten zurück.
- Eine Aktivierung des Rettungsschirms muss im gegenseitigen Einvernehmen von den FinanzministerInnen im Verwaltungsrat des ESM gefasst werden.
- Voraussetzung für die Hilfen ist eine Analyse von EU-Kommission, des IWF und der EZB, dass der betroffene Staat mittelfristig seine Situation verbessern kann.
- Die Hilfen werden nur gewährt, wenn die Auflagen aus einem Reformprogramm erfüllt werden (Konditionalität).

III. Grüne Forderungen für den ESM

- **Eine umfassende Beteiligung des Bundestages**
Eine weitreichende Beteiligung des Bundestages ist für uns wichtig. Gleichzeitig muss der Rettungsschirm schnell funktionsfähig und glaubwürdig sein. Darum darf sein Einsatz nicht jedes Mal von der Zustimmung aller nationalen Parlamente abhängen. Die Koalition ist unentschieden; wir Grüne sagen, wie es geht: Art und Höhe der deutschen Beiträge werden durch Gesetz bestimmt - hier hat der Bundestag volle Entscheidungsbefugnis. Darüber hinaus soll die Bundesregierung vor jeder Anwendung des Rettungsschirms Einvernehmen mit dem Bundestag herstellen. Der Bundestag muss sich positionieren; ein Schweigen reicht nicht aus! Allerdings sollte die Bundesregierung aus zwingenden Gründen von der Stellungnahme des Bundestages abweichen können.



- **Die Bevorzugung des ESM vor anderen Gläubigern**
Der ESM soll Staaten vor Schwankungen an den Finanzmärkten schützen, indem bei vorübergehenden Zahlungsschwierigkeiten Überbrückungsgelder gegeben werden können. Da diese Überbrückungsgelder letztlich durch Steuergelder finanziert werden, versteht es sich von selbst, dass der ESM gegenüber anderen Gläubigern im Falle eines Bankrotts des betroffenen Staates bevorzugt werden muss. Letztlich profitieren auch andere Gläubiger vom ESM, da durch seine Unterstützung eine Rückzahlung durch den Schuldnerstaat wahrscheinlicher wird.
- **Eine umfassende Gläubigerbeteiligung bei Restrukturierungen**
Momentan haften allein die Steuerzahler für die Krise - das muss sich ändern. Wer Wertpapiere eines Landes kauft und Zinsen kassiert, muss auch das Risiko eines Ausfalls tragen. Dazu brauchen wir eine verbindliche Beteiligung der Gläubiger im Krisenfall. Aus diesem Grund unterstützen wir die Forderung der Bundesregierung, im ESM-Vertrag festzulegen, dass ein Staat, der nicht mehr schuldentragfähig ist, erst dann Kredithilfen aus dem ESM bekommt, wenn die privaten Gläubiger beteiligt werden.
- **Eine Ausweitung der Instrumente des ESM**
Wir wollen das Instrumentarium des ESM erweitern und die Aufnahme einer Rückkaufoption bei neu zu begebenden Anleihen für den Fall, dass ein Land umschulden muss. Danach würden sich die Nationalstaaten das Recht einräumen, ihre Anleihen zu aktuellen Marktpreisen zurückzukaufen. Der ESM könnte Garantien zur Verfügung stellen, die der betroffene Staat zur günstigen Rücknahme der ausgegebenen Anleihen nutzen könnte. Dadurch würde einerseits die Gesamtschuld sinken, und andererseits wären etwaige Dominoeffekte durch die in der Höhe vorhersehbare, moderate Kürzung des Nominalbetrages begrenzt. Die Möglichkeit einer Erweiterung des Instrumentariums des ESM ist im Vertrag vorgesehen.
- **Die Überführung des ESM in einen echten Europäischen Währungsfonds**
Der ESM soll perspektivisch in einen echten Europäischen Währungsfonds überführt werden und ohne die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds auskommen, damit die Stabilisierung innerhalb der Europäischen Währungsunion nicht von der Zustimmung außereuropäischer Staaten abhängt. Schließlich müssen auch die Anpassungsmaßnahmen in den Staaten, die ESM-Mittel in Anspruch nehmen, auf die wirtschaftspolitische Strategie der EU abgestimmt werden.
- **Eine Ergänzung des ESM um einen europäischen Bankenrettungsschirm**
Es muss ein Europäischer Bankenrettungsfonds innerhalb der EU-Institutionen entwickelt werden, um europäische Geschäftsbanken bei Bedarf direkt mit Eigenkapital ausstatten zu können. Dadurch kann die Verbindung zwischen Bankenkrise und Krise der Staatsfinanzen gebrochen werden. Diese Re-Kapitalisierung muss auch für Staaten in der Nachbarschaft der EU möglich sein, die in sehr starker Abhängigkeit vom europäischen Bankensystem stehen.
- **Die Einbettung des ESM in eine starke europäische Wirtschaftsregierung**
Ein gemeinsamer Währungsraum braucht eine gemeinsame parlamentarisch und europäisch legitimierte Wirtschaftspolitik. Die Europäische Union und vor allem der Euro werden nur dann dauerhaft ein Erfolg bleiben, wenn sich die Staaten stärker koordinieren. Als übergeordnetes Ziel bedarf es einer grünen Wachstumsstrategie, die sich orientiert an den Prinzipien des Green New Deal. Die Transformation der Wirtschaft zu einer nachhaltigen und sozialen Ökonomie, sozialer Teilhabe und die zukunftsfähige Gesellschaft stehen dabei im Mittelpunkt.